



Tarifrunde 2010

BUND und VKA

Tarifinfo 02/10
02.02.2010

GdP-TARIFINFORMATION

2. Verhandlungsrunde erfolglos verlaufen

Potsdam. Ohne Annäherung endeten nach zwei Verhandlungstagen am 31. Januar/1. Februar 2010 die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst mit Bund und Kommunen. Die Arbeitgeber von Bund und Kommunen sahen sich nicht in der Lage, ein Angebot zu unterbreiten. Die Positionen lagen extrem weit auseinander: Die Forderungen der Gewerkschaften von einem Gesamtvolumen von fünf Prozent auf der einen Seite – drohende Nullrunden bis hin zu Entgeltkürzungen für die kommenden Jahre auf der anderen Seite.

Der dritte Verhandlungstermin findet nun vom 10. bis 12. Februar 2010 in Potsdam statt. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben zu diesem Termin ihre Tarifkommissionen eingeladen. Das spricht erfahrungsgemäß für eine anstehende Entscheidung: Ergebnis oder Scheitern. Nach den zwei Tagen stand eher ein Scheitern als eine Einigung im Raum. Für beides ist das Votum der Tarifkommissionen erforderlich.

Der Bundesinnenminister de Maizière hatte wie bereits beim Verhandlungsauftritt zum Beginn der letzten beiden Verhandlungstage auf die „maßlose“ Forderung der Gewerkschaften verwiesen.

Bund und Kommunen lehnten die Gewerkschaftsforderungen als viel zu hoch ab und verwiesen auf die

leeren öffentlichen Kassen und den anstehenden Sparzwang. Die Kommunen drohten mit Personalabbau und Leistungskürzungen.

Kerstin Philipp, im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für Tarifpolitik: „Es ist schon eigenartig, mit den Verursachern der Wirtschafts- und Finanzkrise in einen Topf geworfen zu werden. Bisher galten sie in ihrer Gier als maßlos. Nun sollen das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes sein. Eine Unverschämtheit, wenn man sich die Milliardengeschenke für reiche Erben und Hoteliers auf der Zunge zergehen lässt.“

Unsere Kolleginnen und Kollegen werden auf das Verhalten der Arbeitgeber mit Demonstrationen und Warnstreiks reagieren, um Bund und Kommunen in der dritten Runde Mitte Februar zu einem angemessenen Angebot zu bewegen.“

Nach Meinung der Arbeitgeber sollen die Bewährungsaufstiege nicht wieder eingeführt werden, weiterhin soll es keine geförderte Altersteilzeit und keine verpflichtende Übernahme der Auszubildenden geben; stattdessen allenfalls eine Anhebung der Leistungsbezahlung – und eine Laufzeit von wenigstens 24 Monaten. Also 24 Monate nichts und kein Wort zu einer linearen Erhöhung oder sozialer Komponente. Für die Weiterentwicklung des Tarifrechts soll es nur Gespräche zu



Tarifrunde 2010

BUND und VKA

GdP-TARIFINFORMATION

einer möglichen Prozessvereinbarung geben – also auch noch nichts Konkretes.

Die Arbeitgeber lehnten einen Vergleich der Tarifverdienste zwischen öffentlichem Dienst und anderen Branchen ab, wonach die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ca. fünf Prozent im Hintertreffen sind. Stattdessen stellen sie einen Vergleich bei der Steigerung der Reallöhne an. Danach stünden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weit besser da als die übrigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zu dieser Wahrheit gehöre aber auch, dass in diesen Vergleich auch alle Zeitarbeitsverhältnisse oder Niedriglohnbereiche – also insgesamt alle Dumpingbereiche – mitgezählt würden, so Kerstin Philipp. Mit diesem Vergleich zeigten die Arbeitgeber ihr wahres Gesicht und ihre Wertschätzung der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen – und die sei dann bei so einem Vergleich wohl nicht sehr hoch.

Dabei könne die Umsetzung der Forderung von insgesamt fünf Prozent für insgesamt mehr als vier Millionen Menschen (Tarifbeschäftigte bei Bund und Kommunen, Beamte und die Anwendungsbereiche) einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Erholung bedeuten.

Der kommunale Arbeitgeberverband VKA kritisierte die Streikdrohung der Gewerkschaften. Die Ankündigung massiver Warnstreiks vor der zweiten Verhandlungsrunde sei wenig hilfreich gewesen. Nichtsdestotrotz zeigten sich die Arbeitgeber beeindruckt von der Demonstration der Kolleginnen und Kollegen der beteiligten Gewerkschaften am Verhandlungsort in Potsdam.

Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns die kommenden Tage bis zur nächsten Verhandlungsrunde nutzen, um den Arbeitgebern in kraftvollen Demonstrationen und Warnstreiks zu zeigen, dass unser Unmut groß ist. Wir lassen den Beschäftigten der Polizei nicht die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise anlasten. Unsere Forderungen haben Augenmaß – Maßlosigkeit und Arroganz liegen bei der anderen Seite. Beteiligt euch auch an den Aktionen der befreundeten Gewerkschaften. Die Gewerkschaft der Polizei muss sichtbar sein!“

SEI STÄRKER – SEI MITGLIED – SEI GdP!



BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich der Gewerkschaft der Polizei bei, deren Satzung ich anerkenne.

Bitte ausfüllen und anschließend unterschrieben an den Landesbezirk oder die entsprechende Untergliederung senden!



Ich ermächtige die **Gewerkschaft der Polizei** und die in ihrem Auftrag handelnde Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH, die in Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Daten zu speichern, soweit dies zur üblichen Betreuung des Ermächtigenden oder zur ordnungsgemäßen Durchführung der Mitgliedschaft erforderlich ist. Die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes zur Datenübermittlung bleiben unberührt. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Umzugsfalle meine neue Adresse an den Verleger der Mitgliedszeitschrift DEUTSCHE POLIZEI weiterleitet.

LB _____
MITGLIEDSNUMMER _____

LANDESBEZIRK

ANREDE

HERR FRAU TITEL

NAME/VORNAME

GEBURTSDATUM

STRASSE UND HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL/ORT

BUNDESLAND

BANKVERBINDUNG

BANKLEITZAHL

KONTONUMMER

GEWERKSCHAFTSBEITRITT/KREISGRUPPE

STATUS

BEAMTE(R) TARIFBESCHÄFTIGTE(R)

BEI: SCHUPO/KRIPO/VERW./BEPO/WASSERSCHUTZ/ETC.

TEILZEIT

NEIN JA _____ STD/WOCHE

BESOLDUNGS-, VERGÜTUNGS-, LOHN-, ENTGELTGRUPPE

BISHERIGE MITGLIEDSCHAFT
IN ANDEREN GEWERKSCHAFTEN

von/bis:

TELEFON

Privat: _____ Dienstlich: _____

MOBILTELEFON

Privat: _____ Dienstlich: _____

TELEFAX

Privat: _____ Dienstlich: _____

E-MAIL

Privat: _____ Dienstlich: _____

Abbuchung ab:

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich die **Gewerkschaft der Polizei** - bis auf Widerruf -, den Gewerkschaftsbeitrag vierteljährlich bei Fälligkeit (1. Februar, 1. Mai, 1. August, 1. November) zu Lasten meines oben stehend bezeichneten Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der konföhrhenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Aufgenommen durch:

Name

Mitgliedsnummer Werber

ORT

DATUM

UNTERSCHRIFT